

# Die Zusammenarbeit mit der FDJ soll verbessert werden

## Aus anderen Hochschulzeitungen

### Prognose als Jugendobjekt

Aus Anlaß des internationalen Studententags am 17. November 1989 sprach unsere FDJ-Redaktion mit einem Vertreter der ausländischen Studenten an der TH Karl-Marx-Stadt, mit Elyas Hajek aus Syrien.

FDJ-Redaktion: Sie studieren jetzt das dritte Jahr an unserer Hochschule und haben einen sehr guten Kontakt zu vielen anderen ausländischen Studenten der TH. Welche Meinung haben die ausländischen Studenten zum Studium an unserer Hochschule?

Elyas Hajek: Wir ausländischen Studenten sind zufrieden mit dem Studium, denn sobald irgendwelche Schwierigkeiten auftreten, können wir immer Hilfe bekommen. Zum Beispiel werden für uns Extrastunden eingerichtet, wenn wir in bestimmten Fächern nicht alles verstehen oder in Vorlesungen nicht mitkommen. Wir besuchen uns dann mit einem Professor oder Dozenten zu Hause. Ich glaube, das gilt für alle ausländischen Studenten.

FDJ-Redaktion: Sind Sie mit der Entscheidung in unseren Internaten zufrieden?

Elyas Hajek: Die Unterkunft und die Zimmer hier sind gut. Es ist nach, besonders im letzten Jahr, ermöglicht wurden, daß auf Wunsch ein ausländischer Student mit einem deutschen Kommilitonen zusammenwohnen kann. Wenn es vielleicht noch Schwierigkeiten gibt, so glaube ich doch, daß die Studenten sich wohl fühlen. Die Internate sind gut eingerichtet, und es herrscht genügend Ruhe zum Arbeiten.

FDJ-Redaktion: Wie unsere

Studenten haben doch die Betreuung der ausländischen Kommilitonen übernommen. Treten dabei Schwierigkeiten auf?

Elyas Hajek: Die meisten ausländischen Studenten wohnen auf Wunsch mit ihrem Betreuungsstudenten in einem Zimmer. Aber auch in den Assemanen zahlt die Betreuung in Ordnung. Die Betreuer erfüllen in der Regel ihre Aufgaben. Wenn ein Student einen solchen Auftrag angenommen hat, dann wird er seine Aufgaben erfüllen, denn er hat sich freiwillig dazu gemeldet.

FDJ-Redaktion: Eine gute Studienatmosphäre hängt in nun nicht zuletzt auch davon ab, welchen Verhältnis zu unserer Studenten und natürlich auch zur Bevölkerung besteht.

Elyas Hajek: Die Kontakte, die bereits bestehen, könnten noch verbessert werden. Besonders die Zusammenarbeit mit der FDJ könnte noch besser sein. Sie ist nicht so gut wie in anderen Städten, z. B. Dresden, Leipzig und Berlin. Dort sind die Kontakte zwischen den Verbänden ausländischer Studenten und der FDJ besser. Ich habe das im Gespräch mit ausländischen Studenten oft gehört. Die HDL veranlaßt uns nicht, aber sie hat sehr viel zu tun, und es fehlt ihr vielleicht noch an Erfahrung mit ausländischen Studenten, z. B. hier an der TH erst seit wenigen Jahren Ausländer studieren. Der Kontakt zur Bevölkerung ist gut. Die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik behandeln uns gut und sind immer freundlich zu uns. Das habe ich selbst erfahren. Wir

haben überall hier gute Kontakte. Das liegt, glaube ich, auch an der Gesellschaftsordnung, an der sozialistischen Erziehung.

FDJ-Redaktion: Wie gefällt es Ihnen persönlich in unserer Republik?

Elyas Hajek: Mir gefällt es in der DDR sehr gut. Denn die DDR ist ein Freund unserer Länder. Sie steht immer an unserer Seite. Sie tritt für unsere Probleme und gegen unsere Feinde auf. Ich stimme sehr über die großen Fortschritte der DDR und über ständige Weiterentwicklung.

FDJ-Redaktion: Denken die anderen ausländischen Studenten auch so über unsere Entwicklung?

Elyas Hajek: Alle ausländischen Studenten, mit denen ich gesprochen habe, sind begeistert von der Entwicklung der DDR. Vor allem wenn man bedenkt, daß das Land vor zwanzig Jahren sehr zurück war, und daß heute die DDR zu den zehn weiterentwickeltesten Industriestaaten der Erde zählt. Die DDR hat eine starke Wirtschaft, und man ist erstaunt, wie das in diesen zwanzig Jahren geschaffene wurde. In unserer Organisation, in der Union der Studentenverbände der arabischen Länder wird über die Entwicklung oft diskutiert. Wir erkennen auch, daß die Entwicklung der DDR für unsere Heimatländer Nutzen und Erfahrung bringt. Wir selbst müssen die Prozesse hier verfolgen und können dann mitteilen, unsere Länder weiterentwickeln.

FDJ-Redaktion: Welche Aufgaben haben sich die ausländischen Studenten für die nächste Zeit gestellt?

Elyas Hajek: Wir haben kürzlich die Jahreshauptversammlung der Union der Studentenverbände der arabischen Länder durchgeführt und die Beschlüsse über eine noch bessere Zusammenarbeit mit der Hochschule, der FDJ und den anderen ausländischen Studentenorganisationen an der TH gefaßt. Wir haben über die Bildung des ISK diskutiert, haben ein Programm festgelegt und werden uns mit der Hochschule, der FDJ und den anderen ausländischen Studentenorganisationen zusammensetzen, um darüber zu beraten.

FDJ-Redaktion: Was glauben Sie, müßte in unserer Arbeit mit den ausländischen Studenten noch verbessert werden?

Elyas Hajek: Wir wünschen uns, daß den Ausländern mehr Betriebsbeschäftigungen ermöglicht werden. Das gibt uns große Erfahrungen und wird in der Zukunft unseren Ländern Nutzen bringen. Außerdem wäre ich froh darüber, wenn öfter Vorträge über die Politik Ihres Staates für die ausländischen Studenten stattfinden würden. Die Hochschule hat anlässlich des 28. Jahrestages der DDR eine Veranstaltung durchgeführt, zu der ein Vortrag über die Außenpolitik der DDR gehalten wurde. Wir hoffen, daß die Hochschule immer solche Veranstaltungen für die ausländischen Studenten durchführt.

FDJ-Redaktion: Wir danken Ihnen für dieses interessante Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg im weiteren Studium als Beitrag zur weiteren Stärkung Ihres freundschaftlichen Kontakt mit uns verbundenem Staat.

Hohe Ziele bei der Weiterführung der 3. Hochschulreform haben sich die FDJ-Studenten der Technischen Universität Dresden im Leitungsgebot gestellt. Am 12. Dezember konstituierten sich bei der FDJ-Kreisleitung vier Arbeitsgruppen, die sich mit Problemen der Wissenschaftsprognose befassen werden.

Bislang hatten bereits mehr als 2000 Studenten der TU Vorschläge zur Neugestaltung der Ausbildung unterbreitet. Jetzt wollen die FDJ-Studenten aus prognostischer Sicht ein effektives wissenschaftlich-produktives Studium mitgestalten. Ihre Aufmerksamkeit gilt dabei u. a. exakten Weltstandvergleichen für die Erarbeitung der Studienpläne in strukturbestimmenden Auswahlfachrichtungen, der Einführung komplexer Vorlesungen und einem zum selbständigen Denken befähigenden Prüfungssystem. Hochschulreife der TU haben es übernommen, den Studenten die entsprechenden wissenschaftlichen Kenntnisse zu vermitteln. Über die Ergebnisse ihrer Arbeit wollen die FDJ-Studenten im April nächsten Jahres auf einer Konferenz des Jugendverbandes berichten. Die unter dem Thema „Leitungsprognose und wissenschaftlich-produktives Studium“ steht.

### Mal- und Zeichenzirkel stellt aus

Die Mitglieder des Mal- und Zeichenzirkels der Bergakademie Freiberg beteiligten sich mit gutem Erfolg an der Kreisausstellung und gestalten wenig später eine weitere öffentliche Ausstellung. Das hohe Niveau der geistigen Arbeiten wurde nicht nur vom Urteil der Jury der Kreisausstellung bestätigt, sondern fand seine Widerspiegelung besonders in den hohen Besucherzahlen der zweiten Ausstellung.

### Ausstellung künstlerischen Volksschaffens

Der Gesamtindruck dieser Ausstellung der Volkskunstbelebenden des Kreises Großwald bestimmet maßgeblich die Volkskunst der Universitätskünstler. Dabei stellen die Zirkel und Gruppen vorwiegend als Kollektiv aus. Neu und beispielgebend war, daß sich alle Mitglieder einzelner Kollektive erfolgreich an Gemeinschaftsarbeiten versuchten. Hervorragende Leistungen vollbrachten besonders die Emallexkurse und der Zirkel für Holzarbeit. Großformatige, die Aufgaben der Universität darstellende Wandplatten von hoher künstlerischer Qualität zeugen von dem Bestreben, kollektive Arbeiten zu schaffen, die sich in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit bewähren. Zum tragenden Anliegen der Zirkel wird nunmehr die schlaggebundene Arbeit, für die bereits Beispiele (Wandmuck für eine Hotelgaststätte und eine Volkswirtschaft) zu sehen waren.

### Entwicklung der Technik und Klassenkampf

# Zur Rolle des Vereins (west)deutscher Ingenieure

## III. Die Konvergenztheorie als Instrument der ideologischen Diversion gegen den Sozialismus

Als zu Beginn der achtziger Jahre immer offensichtlicher wurde, daß die Pläne des Imperialismus, das sozialistische Weltsystem durch ökonomischen Druck zu schwächen und schließlich mit militärischen Mitteln zu zerstören, zum Scheitern verurteilt sind, schlug die internationale Reaktion bestmöglich eine neue Taktik ein, mit deren Hilfe die sozialistischen Staaten von innen heraus unterwirft und gewaltlos in der imperialistischen „Dmarung“ erstickt werden sollen. Damit richtete der ideologische Klassenkampf noch mehr in den Vordergrund. Die ideologische Diversion wurde zu einer Hauptmethode des psychologischen Krieges gegen das sozialistische Weltsystem. Da der Marxismus-Leninismus auch bei den Werktätigen imperialistischer Staaten ständig größere Anziehungskraft gewinnt, wurde offensichtlich, daß der bisher praktizierte offene und plumpe Antikommunismus nicht die vom Monopolkapital gewünschten Erfolge erzielen konnte. Die Ideologen der Monopole stellen deshalb eine Art verdeckten Antikommunismus in ihren Diensten, der im Vergleich zur bisherigen Taktik gefährlicher, weil für die Werktätigen nicht so leicht durchschaubar ist. Dabei erwies sich vor allem die Konvergenztheorie als ein wesentliches Instrument, um die Werktätigen in den imperialistischen Staaten durch die Verbreitung von Illusionen über angebliche Entwicklungsmöglichkeiten des imperialistischen Systems zu desorientieren und vom Kampf um die revolutionäre Veränderung dieser von der Geschichte längst zum Untergang verurteilten Gesellschaftsformation abzuhalten. Eine nicht minder wichtige Funktion hat der Konvergenztheorie bei der ideologischen Diversion gegen das sozialistische Weltsystem mazedonisch. Wie die Ereignisse in der CSSR zeigen, besitzen unter anderem besonders diese Art der antikommunistischen Illusionen der schleichenden Kontroversion den Boden, weil der Kampf gegen jegliche Form von ideologischer Koexistenz nicht entschieden genug geführt wurde.

Der VDI erweist sich auch in dieser Phase eindeutig als Werkzeug des westdeutschen Imperialismus, indem er bereits seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in seinen Zeitschriften verschiedene Spielarten der Konvergenztheorie verbreitet. Im Mittelpunkt standen und stehen dabei besonders solche Scheinargumente, in denen der Technik und besonders der wissenschaftlich-technischen Revolution eine sozial ausgleichende Funktion

nicht nur innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, sondern zugleich die Fähigkeit zugeschrieben wird, sie treibe einen Annäherungsprozess zwischen beiden Gesellschaftssystemen voraus bzw. sie verweise die Unterschiede zwischen beiden Produktionsweisen. Den Ausgangspunkt bildet hier wie bei der These vom angeblich „gestorbenem Klassenkampf“ in Westdeutschland eine Entstellung der gesellschaftlichen Wirkungen der Technik.

Um die zweckoptimistische Preisumfindung der Technik zu begründen, kollektieren einige Autoren des VDI sogar mit Marx, dessen wichtigstes Verlies sie darin sehen, die „große Bedeutung der Technik erstmals ins rechte Licht gerückt“ zu haben. (VDI-Zeitschrift, 1957, H. 28, S. 1372.) Wer sich bei der Begründung pseudoökonomischer Gesellschaftstheorien das Spätkapitalismus die letztlich nichts anderes als der unaufgeklärte Versuch ist, der Lebenskraft des Sozialismus und der Anziehungskraft seiner Ideen zu begegnen, so wie ein kapitalistisches Anreizsystem zu erhalten, auf Marx berufen, entsteht und täuscht ihn. Marx hat die Technik nie metaphysisch aus ihrem sozialen Zusammenhang gelöst. Er untersuchte stets die Gesamtheit einer Produktionsweise als dialektische Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Aus der Fülle der gesellschaftlichen Beziehungen hob Marx eben gerade das System der Produktionsverhältnisse und darin wieder die Eigentumsverhältnisse als diejenigen hervor, die die Struktur der gesamten Gesellschaft bestimmen. Gerade dieser Fundamentalkennzettel des Marxismus-Leninismus versuchen auch Autoren des VDI mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Der bereits mehrfach zitierte W. Pöhlle knüpft beispielsweise an die objektive Tatsache der Konzentration der Produktion in beiden Gesellschaftssystemen an, um die antagonistischen Gegensätze zwischen ihnen zu verwaschen: „Beide Systeme entwickeln übereinstimmend wirtschaftspolitisch den Rang zum Großbetrieb“ (VDI-Nachrichten, 1987, Nr. 12, S. 4.) Daß damit in der kapitalistischen Produktionsweise zugleich die Konzentration der politischen Macht in den Händen einer verschwindenden Zahl von Eigentümern an Produktionsmitteln konzentriert wird, während im Sozialismus die eigentlichen Produzenten aller materiellen und geistigen Güter die Macht selbst ausüben, bleibt bei Pöhlle nicht nur unberücksichtigt, sondern wird großzügig entstellend. (Ebenda.) Er steht in

der Reihe derer, die den Sozialismus in Mitleidenschaft ziehen wollen und seine Lebensfähigkeit als Gesellschaftssystem in Frage stellen möchten. Dann wirmt er die alte Lüge von der „Diktatur der Kommunistischen Parteien“ auf, die „reinsten Ausdruck der Machtpolitik nach innen“ sei, wegen er sätzlich die wirkliche Gefahr einer „inneren Machtpolitik“ in Gestalt der Notstandsdeklaration der aggressiven Monopole in Westdeutschland mit Antischweigen übergeht. Dagegen erhebt er den angeblich „systemfremden Widerstand“ im Sozialismus: „Zugleich ist er über sozialistische Staat, d. V. paradoxerweise durch die von der kommunistischen Massenpartei verwirklichte technische Entwicklung selbst gefährdet... Diese Gefahr erscheint an einem Punkt angekommen zu sein (1957 d. V.), so dem der technisch gebildete Mensch... der Spitze der kommunistischen Führungsschicht gegenübertritt.“ (Ebenda.) Hier wird offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens, und es ist gewiß kein Zufall, daß dieser Propagandist monopolkapitalistischer Interessen im VDI seine Angriffe ausgerichtet gegen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und gegen die sozialistische Staatsmacht richtet. Nur unter Führung der SED waren die Werktätigen der DDR z. B. in der Lage, die selbst von bürgerlichen Ideologen kaum noch zu leugnenden Erfolge beim sozialistischen Aufbau zu erreichen. Deshalb wird auch in der Regel nicht mehr das ganze sozialistische Gesellschaftssystem verteidigt, sondern vor allem die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei. Damit soll das sozialistische Weltsystem an der entscheidenden Stelle getroffen werden. Die führende Position der Arbeiterklasse und ihrer Partei ist jedoch objektiv bedingt und die Spekulationen auf eine Spaltung des bewährten Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz wird ebenfalls auf Naed gebaut. Trotzdem müssen solche Angriffe der imperialistischen Ideologie sehr ernst genommen werden.

Mit der Konvergenztheorie wird der ideologische Klassenkampf der Monopolkapitalisten unter dem Tarnmantel angeblicher Objektivität besonders demagogisch geführt. In weiten Umfang trifft diese Fiktion auf den Vorzeichen der technisch-wissenschaftlichen Prozesse und langjährigen Vorsitzenden des Unternehmensverbandes BDA, S. Balke, zu. Er zieht sich z. B. zu dem Eingeständnis veranlaßt, das für die kapitalistische Welt durchaus Gültigkeit besitzt: „Wir müssen

zugeben, daß die Synthese zwischen dem Menschen als Leistungsträger und der Humanität als Eigenwert noch nicht gelungen ist.“ (VDI-Nachrichten, 1987, Nr. 24, S. 4.) Diese Synthese ist unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen bestenfalls eine Illusion, weil die Leistungen der Menschen hier nicht der menschlichen Selbstverwirklichung dienen, sondern der herrschenden Klasse als Quelle von Profit und Macht.

Ähnlich wie Pöhlle gibt Balke an, der „interventionistische Charakter der Technisierung auf die Gesellschaft“ (ebenda) zu sein. In der marxistischen Ideologie herrschen unversäussten Ideologien zu henden Wirtschaftsorganisationen zu henden. Dann wirmt er die alte Lüge von der „Diktatur der Kommunistischen Parteien“ auf, die „reinsten Ausdruck der Machtpolitik nach innen“ sei, wegen er sätzlich die wirkliche Gefahr einer „inneren Machtpolitik“ in Gestalt der Notstandsdeklaration der aggressiven Monopole in Westdeutschland mit Antischweigen übergeht. Dagegen erhebt er den angeblich „systemfremden Widerstand“ im Sozialismus: „Zugleich ist er über sozialistische Staat, d. V. paradoxerweise durch die von der kommunistischen Massenpartei verwirklichte technische Entwicklung selbst gefährdet... Diese Gefahr erscheint an einem Punkt angekommen zu sein (1957 d. V.), so dem der technisch gebildete Mensch... der Spitze der kommunistischen Führungsschicht gegenübertritt.“ (Ebenda.) Hier wird offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens, und es ist gewiß kein Zufall, daß dieser Propagandist monopolkapitalistischer Interessen im VDI seine Angriffe ausgerichtet gegen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und gegen die sozialistische Staatsmacht richtet. Nur unter Führung der SED waren die Werktätigen der DDR z. B. in der Lage, die selbst von bürgerlichen Ideologen kaum noch zu leugnenden Erfolge beim sozialistischen Aufbau zu erreichen. Deshalb wird auch in der Regel nicht mehr das ganze sozialistische Gesellschaftssystem verteidigt, sondern vor allem die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei. Damit soll das sozialistische Weltsystem an der entscheidenden Stelle getroffen werden. Die führende Position der Arbeiterklasse und ihrer Partei ist jedoch objektiv bedingt und die Spekulationen auf eine Spaltung des bewährten Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz wird ebenfalls auf Naed gebaut. Trotzdem müssen solche Angriffe der imperialistischen Ideologie sehr ernst genommen werden.

So behauptet Balke z. B. weiter, mit der automatisierten Produktion wandle sich auch die Sowjetunion zu einem Typ einer „offenen Gesellschaft“, und die im dialektischen Materialismus geachteten Beobachter stellen Parallelen zur Entwicklung anderer moderner Industriegesellschaften, wie der USA, fest.“ (Ebenda.) Balke führt diese Spekulation wie folgt weiter:

„Eine gewisse Niveauvergleichung bestimmter gesellschaftlicher Strukturmerkmale — soweit sie durch die Technisierung beeinflusst sind — kann man jedenfalls bei den großen Staatenblöcken feststellen, und diese Beobachtung wird bestätigt durch die technischen Entwicklungen der UdSSR, die auf demselben rationalen Boden wachsen, wie die westliche Technik.“ (Ebenda.) Balke propagierte eine solche angebliche Konvergenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus und er wagt gleichzeitig nach einem Trick, durch den er den Sozialismus als niedere Form der „Industriegesellschaft“ diffamieren zu können glaubt, der die „bräunliche Demokratie des Westens“ angeblich „hustoch überlegen“ sei. Der Kommunismus

sehe jetzt in „der Technisierung der Gesellschaft“ das einzige Mittel, um den Menschen „frei zu machen, allerdings um ihn in die Verfügungsgewalt des Staates“ zu übergeben. (Ebenda.) Dagegen verhält sich Pöhlle nach Balke ein viel „edleres“ Ziel. Dort soll die „Idee der menschlichen Freiheit den Weg des industriellen Fortschritts bestimmen, sie soll freien Individuen die Nutzung der materiellen Welt ermöglichen.“ (Ebenda.) Warum es wirklich geht, hat Walter Ulbricht auf der genannten Session eindeutig gesagt: „Im Kampf zwischen jenen Systemen dem Sieg erringen, das in der Lage ist, dem werktätigen Menschen jene Stellung zu verschaffen, die ihm als Schöpfer aller Werte zukommt... In diesem Kampf wird der Sozialismus den Sieg erringen, 1. weil durch die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Beseitigung der Ausbeutung das Volk selbst an der maximalen Entwicklung der Wissenschaft und der Produktivkräfte und damit seines Lebensstandards interessiert ist; 2. weil er allein fähig ist, eine höhere, den Anforderungen und der Dynamik der technischen Revolution entsprechende gesellschaftliche Organisation der Wirtschaft zu entwickeln, wobei die Verbindung von gesellschaftlicher Planung und Initiative der Werktätigen und ihrer Betriebe, die Verbindung von Produktion und Wissenschaft eine zentrale Rolle spielen; 3. weil er allein in der Lage ist, quantitativ und qualitativ das beste Bildungssystem für das ganze Volk zu schaffen; 4. da er in der Lage ist im Volk mehr Isabillanz, Initiative und Schöpferkraft zu entwickeln, als jede Gesellschaftsordnung vor ihm; 5. weil er in der Lage ist, innerhalb und in zwischen dem Maße auch außerhalb der Produktion allen Bürgern ein erfülltes, kulturreiches Leben zu sichern, dem Leben aller Werktätigen Inhalt zu geben.“

Das imperialistische System wird dagegen verlieren und untergehen, weil es die wissenschaftlich-technische Revolution und die in ihr geschaffenen Produktivkräfte dem Profit und Machtstreben unterordnet und die Werktätigen in Anbängsel dieses Systems verandelt.

Besonders gefährlich — weil die Werktätigen desorientiert — sind Versuche, den Staatsmonopolismus bereits als eine Art Sozialismus anzusprechen. So wird zum Beispiel behauptet, die Forderung nach „Sozialisierung“ werde heute in „der westlichen Welt nur noch begrenzt und mit gedämpfter Leidenschaft erhoben.“ (VDI-Zeitschrift, 1957, H. 28, S. 1371.) Die Begründung dafür lautet: „Diese Forderung ist weniger auf die Befriedigung der sonstigen Wünsche der Sozialisten, auf den steigenden Lebensstandard und ein deshalb absterbendes Interesse zurückzuführen, als vielmehr auf die Erkenntnis, daß die Sozialisierung eines modernen Großbetriebes an dessen Struktur und Arbeitsweise sowie an der Situation des einzelnen in ihm wenig ändert.“ (Ebenda.) Der Trugschluss des Autors besteht in der Gleichsetzung von „Sozialisierung“ und Verstaatlichung des unter kapitalistischen Bedingungen in der Tat an der Lage der Werktätigen nichts positiv verändert. Er geht von einem unwissenschaftlichen und primitiven Sozialismus aus, das

zeigt sich beispielsweise in der Behauptung, die Wirtschaft und das gesamte öffentliche Leben ständen durch die „hochgradige Zentralisierung und die Konzentrationsbewegung in Industrie, Wirtschaft und Bevölkerung mitten in einem umfassenden „Sozialierungsprozess“. (Ebenda.) Diese Art von Sozialisierungskonzeption ist ebenfalls nicht neu. In der Novemberrevolution 1918 wurden die kampfbereiten Werktätigen unter anderem durch das Gerüde der rechten SPD- und Gewerkschaftsführung über die

Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus für immer zu besorglichen Illusionen über den Klassencharakter des Staates verweisen sich auch heute unter den Bedingungen der SPD-FDJ-Regierung als außerordentlich gefährlich. Solange diese Regierung nur von mehr Demokratie redet, ohne dafür reale Grundlagen zu schaffen, indem die ökonomische, politische und militärische Macht der Monopole besetzt wird, bleibt das politische Voltredungsorgan der ökonomisch mächtigsten Monopole. Unter diesen Bedingungen gestaut nur der Kampf gegen jegliche Erscheinungsform der Konvergenztheorie eine ganz besondere Bedeutung. Die rechte SPD-Führung hatte von jeher durch ihre revisionistischen Auffassungen vom „dritten Weg“ ein enges Verhältnis zur Konvergenztheorie. Zwar bestilligte die Geschichte eindeutig, daß es einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht geben kann, trotzdem darf die Konvergenztheorie, die in ihrem verschiedenen Spielarten im Grunde ebenfalls eine dritte Gesellschaftsordnung zwischen Sozialismus und Kapitalismus als Scheinperspektive der historischen Entwicklung anbietet, in keiner Weise unterschätzt und ihre Widerlegung und Bekämpfung nicht dem selbstläufig überlassen werden. Die obigen Ausführungen zeigen bereits, daß sich die Konvergenztheorie zum wichtigsten Instrument der psychologischen Kriegführung gegen den Sozialismus vor allem deshalb eignet, weil zu ihrer Begründung von äußeren Entwicklungsformen besonders im Bereich der modernen Produktivkräfte auszugehen wird. Die aus dem sozialen Zusammenhang gerissene Verabsolutierung von Ersterenformen trägt dazu bei, die Wesen der gegenwärtigen Entwicklungsprozesse zu verschleiern. Ihr Wesen besteht aber gerade darin, daß die wissenschaftlich-technische Revolution nicht zu Konvergenz der beiden Gesellschaftsordnungen, sondern vielmehr zu ihrer wachsenden Divergenz führt.

Jedes Eindringen von Illusionen über einen künftigen Ausgleich von Gegensätzen zwischen Sozialismus und Imperialismus muß deshalb zwangsläufig zu einer Schwächung des Sozialismus und damit zu einer Schwächung der Friedenskräfte und zur Entmutterung der imperialistischen Aggressionspolitik führen. Um diese Erkenntnis kann sich heute keiner mehr herumdrücken, der mit dem technischen zugleich dem sozialen Fortschritt dienen will. (Schluß folgt)

Dr. phil. Inge Ulbrich  
Section: Marxismus-Leninismus